

Nr. 12/2021

12. April 2021

Schulen sind Teil der gesellschaftlichen Realität - Inzidenzwert 200 fahrlässig!

Wenn der Bund in der Krise übernehmen möchte, muss er auch bei den Schulen konsequent bleiben

„Man erwartet, dass die Kanzlerin zumindest ihre eigenen Forderungen und Regelungen in der Bundesregierung umsetzen möchte. Stattdessen sollen die Grenzwerte an Schulen wieder von der Gesellschaft abgekoppelt und verdoppelt werden!“, kommentiert Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR), die Beschlussvorschläge der Bundesregierung zu bundesweit einheitlichen Maßnahmen gegen die Pandemie.

Bundesweit solle die Notbremse ab einer Sieben-Tage-Inzidenz von 100 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner an drei aufeinanderfolgenden Tagen greifen. „Das ist auch gut so“, betont Böhm. „Allerdings werden die Schulen schon wieder von diesen gesamtgesellschaftlichen Regelungen ausgenommen und erneut abgekoppelt! An Schulen soll Präsenzunterricht bis zu einem Inzidenzwert von 200 möglich sein! Diese Entwicklung ist völlig absurd, fahrlässig und nicht hinnehmbar!“

Die bisherigen Stufenpläne sahen vor, dass es oberhalb einer 7-Tage-Inzidenz von 100 nur Distanzunterricht, und darunter ab einer Inzidenz von 50 Wechselunterricht nur in geteilten Klassen mit einem Mindestabstand von 1,5 m geben sollte.

„Man hält es schier für unglaublich, dass sich die Bundesregierung von ihren eigenen ursprünglichen Forderungen abwendet und vor wem auch immer einknickt. Wann begreift man endlich, dass die Verantwortung für die Schulen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist! Schulen sind kein eigener Kosmos, in dem die Realität der Welt da draußen keine Rolle spielt!“, stellt Böhm klar.

Pressekontakt: Waltraud Erndl, Pressesprecherin VDR, erndl@vdr-bund.de, +49 (0)15201957242

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) – Verband der Lehrer und Lehrerinnen an Schulen im Sekundarbereich – ist der Dachverband der Lehrerverbände des Realschulwesens und verwandter Schulformen in den Bundesländern.

Er setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung eines vielfältig organisierten Schulwesens in der Sekundarstufe I ein und widmet vor allem der bildungspolitischen Mitte, also den Mittleren Bildungsgängen und Perspektiven sowohl für den beruflichen Einstieg wie auch für studienorientierte Bildungsabschlüsse seine besondere Aufmerksamkeit.

